

Miszelle

ERICH KORDT

DIE SOWJETISCHE AUSSENPOLITIK IM WANDEL DER
WELTPOLITISCHEN KONSTELLATIONEN

Die Zahl der sowjetischen Außenkommissare bzw. Minister läßt sich an einer Hand aufzählen, sieht man einmal von denen ab, die nur ganz kurze Zeit im Amt waren. Das sind erheblich weniger als bei anderen Großmächten. 49 Jahre ist die Außenpolitik des Sowjetstaates, der vor einem halben Jahrhundert als weltrevolutionäre Macht ins Leben trat, von nur 5 Persönlichkeiten offiziell geführt worden. Molotow verfügte über insgesamt 13 Dienstjahre als er abtrat, Tschitscherin über 12, Litwinow über fast 9 und Gromyko hat bereits am 15. Februar dieses Jahres sein 10jähriges Dienstjubiläum als Außenminister feiern können. Lediglich Wyschinski, der Generalstaatsanwalt der sogenannten Säuberungsprozesse der dreißiger Jahre, der während des Zweiten Weltkrieges schon als Vizeminister fungierte, hat nur 4 Jahre an der Spitze des Außenamtes gestanden.

Tschitscherin und Litwinow sind ebenso wie Wyschinski, der nach seiner Ablösung noch Vertreter bei den Vereinten Nationen blieb, eines natürlichen Todes gestorben, und die beiden Erstgenannten haben ebenso wie heute Molotow ihr Gnadensbrot in Frieden essen können. Der heute 58jährige Gromyko hat seit über 28 Jahren viele verantwortungsvolle Posten in der Außenpolitik unter Stalin, wie Chruschtschow und heute Kossygin und Breschnew bekleidet. Er bietet durchaus das Bild eines gewiegten Außenministers einer traditionellen Großmacht. Er dürfte schon heute über mehr diplomatische und Konferenzerfahrung als die meisten seiner ausländischen Kollegen verfügen.

Das Bild von einer Rückkehr des Sowjetstaates zu einer gewiß nicht immer angenehmen, aber im Grunde doch normalen Großmachtspolitik, vermutlich kaum umstürzlerischer als die des Zarenreichs, scheint eine Bestätigung in der beißenden Kritik zu finden, die von Peking an der vom Kreml angeblich verfolgten degenerierten, revisionistischen Politik geübt wird, die einen offenen Verrat an der weltrevolutionären Mission darstelle. Die sowjetische Führung setzt sich gegen diesen Vorwurf leidenschaftlich zur Wehr. In der Tat werden auf Konferenzen der kommunistischen Parteien, so im April 1967 in Karlsbad, nach wie vor alle Register weltrevolutionären Pathos gezogen. Die Beschlüsse der Staaten des Warschauer Paktes stehen dem kaum nach. Dies alles ist an sich aber noch kein Beweis dafür, daß die Kritik Pekings, der Kreml verfolge in Wirklichkeit eine verbürgerlichte Politik, unbegründet sei. Einem weltmissionarischen, weltherrschaftlichen Streben ist auch in der Vergangenheit oft noch Lippendienst gezollt worden, nachdem die dynamischen Kräfte, die seine Träger waren, sich längst verausgabt hatten. Könnte es sich bei den ständigen Wiederholungen weltrevolutionärer Parolen also nur noch um eine Art Ritual handeln, das abzuschaffen dem Kreml die Pietät verbietet?

Eine Spanne von 50 Jahren genügt allerdings kaum, um eine schlüssige Antwort

Vierteljahrshefte 5/2

auf die Frage zu geben, ob – wie die freiheitliche Welt hofft und wie Peking verächtlich behauptet – die Tendenzen einer Normalisierung und Entspannung im Krenl das Übergewicht zu erlangen im Begriff sind.

Keine andere weltmissionarische Macht hat ihren Gang durch die Weltgeschichte mit so klar ausgesprochenen Zielen angetreten wie die Sowjetmacht. Anders als bei anderen Weltreichen sind sie nicht erst langsam herangereift.

Lenin hatte seit Beginn des Ersten Weltkrieges konsequent auf eine Niederlage des russischen Reiches hingearbeitet. Diese sollte die Chance für die Machtergreifung seiner noch kleinen Kaderpartei, der Bolschewiki, eröffnen. Bei allem, was sich zunächst ereignen werde, handelte es sich nach Lenins fester Überzeugung um Randerscheinungen, die den Prozeß der Weltgeschichte, den er einleiten wollte, nur ganz vorübergehend beeinflussen konnten. Niederlage, Verzicht auf Gebiete, die im Laufe von Jahrhunderten von Rußland erworben und dieses erst zur Großmacht hatte aufsteigen lassen, waren Vehikel zur Vernichtung des feindlichen feudalistischen, kapitalistischen, imperialistischen Staates, Vorstufen zur Befestigung der eigenen revolutionären Macht, die nicht nur ein ganz neues Rußland, sondern eine neue Welt schaffen werde.

Die dreimonatige Ära Trotzki, der sich als Außenkommissar auf weltrevolutionäre Proklamationen beschränkte und in der Formel: „Kriegsbeendigung ohne Frieden“ ein Mittel zur Beschleunigung der Weltrevolution, beginnend in Deutschland, entdeckt zu haben glaubte, führte fast zum Zusammenbruch der eben erst errichteten Sowjetmacht.

Die Berufung Tschitscherins 1918 zum Außenkommissar, eines Berufsdiplomaten, der schon vor dem Ersten Weltkrieg zu den Bolschewiki gestoßen war, beendete das Stadium, in der die Räteregierung revolutionäre Weltpolitik ganz unter Verzicht auf zwischenstaatliche Außenpolitik treiben zu können glaubte.

Die Partei, die die Macht zur radikalen Umgestaltung der Welt zunächst in Rußland an sich riß, mußte feststellen, daß sie, anders als geplant, vorerst nur Träger eines verkleinerten russischen Staates geworden war. Die Hoffnungen auf eine kommunistische Revolutionierung Deutschlands als Auftakt zur Revolutionierung weiterer Länder und schließlich der ganzen Welt, hatten getrogen. Der revolutionären Flut war eine Ebbe gefolgt. Die drei Baltischen Staaten, Finnland und Polen hatten sich auf früher zum russischen Reich gehörendem Territorium als nichtkommunistische Staaten konsolidieren können. Rumänien hatte sich Bessarabien einverleibt, ohne daß ihm dessen Besitz zunächst machtmäßig streitig gemacht werden konnte. Durch Zusammenschluß der von den Bolschewiki beherrschten, scheinbar souveränen Republiken Rußland, Ukraine, Weißrußland, Transkaukasien war zunächst nur die UdSSR als föderativer Staat entstanden.

Von Anbeginn aber sollte sich der sowjetische Föderativstaat von allen anderen bestehenden Staaten unterscheiden. Seine Bestimmung sollte es sein, über sich selbst hinauszuwachsen.

An Stelle der auswärtigen Staaten, mit denen keine diplomatischen Beziehungen mehr bestanden, hoffte Lenin in direkte Beziehungen mit dem Proletariat anderer

Völker treten zu können. Weniger als zwei Jahre, nachdem Lenin in den Aprilthesen 1917 zur „Erneuerung der Internationale“ aufgerufen hatte, forderte er in einem offenen Brief die Arbeiter Europas und Amerikas zur Gründung einer dritten Internationale auf. Am 24. Januar 1919 erfolgten offizielle Einladungen an sympathisierende Parteien. Es ist bezeichnend, daß diese Einladungen durch den Außenkommissar Sowjetrußlands, Tschitscherin, verschickt wurden. Waren die mit den Bolschewiki sympathisierenden Parteien in aller Welt nicht in der Tat die richtigen Adressaten, wenn ein sowjetrussischer Außenkommissar Beziehungen zum Ausland aufnehmen wollte?

Im März 1919, im gleichen Monat, in dem der erste Kongreß der Dritten Internationale zusammentrat, wurde Ungarn Räterepublik. Am 7. April folgte Bayern. In der ersten Nummer der Zeitschrift der Komintern schrieb Sinowjew, der eben gewählte Präsident:

„Jetzt, wo wir diese Zeilen niederschreiben, hat die Dritte Internationale als ihre Hauptbasis bereits drei Sowjetrepubliken: In Rußland, in Ungarn und in Bayern. Aber niemand wird sich wundern, wenn zur Zeit, wo diese Zeilen im Druck erscheinen, wir bereits *nicht* drei, sondern sechs oder eine größere Anzahl von Sowjetrepubliken haben werden. In tollem Tempo saust das alte Europa der proletarischen Revolution entgegen . . . Nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahre wird ganz Europa kommunistisch sein.“

Da die weltrevolutionären Erwartungen, mit der Hoffnung auf eine neue Form von Auslandsbeziehungen, sich nicht erfüllten, war das durch Krieg, Bürgerkrieg und nachfolgende Interventionen des Auslands erschöpfte Sowjetrußland genötigt, Frieden auf konventionelle Art zu suchen.

Tschitscherin und seinen Mitarbeitern gelang es bald, mit den Baltischen Staaten und Finnland Friedensverträge abzuschließen. Am 18. März 1921 wurde auch der Krieg mit Polen durch den Vertrag von Riga formell beendet. Jetzt war es soweit, daß sich die Sowjetmacht um Wiederezulassung in den Kreis der traditionellen Staaten bemühte. Länder des Nahen und Mittleren Orients waren die ersten, mit denen Sowjetrußland und die Kaukasischen Sowjetrepubliken noch im Winter 1921 zu Übereinkommen gelangten. Zu diesen Staaten, die noch um ihre Unabhängigkeit und Sicherheit kämpfen oder bangen mußten, gesellte sich am 16. April 1922 auch Deutschland, das sich seit Versailles als Paria behandelt fühlte. Im Rapallo-Vertrag kamen Deutschland und Sowjetrußland überein, auf gegenseitige Entschädigungsansprüche und die Rückzahlung von Anleihen zu verzichten. Die Räteregierung erreichte hiermit eine erste Anerkennung ihres Dekrets vom 28. Januar 1918, in dem sie die Einlösung der Schulden des Zarenreiches verweigert hatte. Die sowjetische Enzyklopädie spricht in Zusammenhang mit den obengenannten Abkommen, die zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen führten, von der „Sprengung der Blockade“. Es sollten aber noch Jahre vergehen, bis die am 30. Dezember 1922 formell zur UdSSR vereinigte Sowjetmacht diplomatische Anerkennung seitens der Mehrzahl der europäischen Staaten erlangte. Erst 1933 entschlossen sich auch die

Vereinigten Staaten zu einem gleichen Schritt, dem sich eine Reihe weiterer Staaten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre und z. T. erst im Laufe des Weltkrieges anschlossen.

Auch nach dem Austausch diplomatischer Vertretungen blieben die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und vielen nichtkommunistischen Ländern prekär. Die Sowjetunion hatte ja nicht nur gegen die anerkannten Regeln des internationalen Verkehrs verstoßen, indem sie die Anerkennung der Vorkriegsverpflichtungen und Schulden Rußlands verweigerte. Moskau war auch Sitz der Dritten Internationale, deren offen verkündetes Ziel der Sturz der bestehenden nichtkommunistischen Ordnung in aller Welt war. Die illegale, vom Sowjetstaat mit allen Mitteln geförderte Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten durch kommunistische Infiltration und Subversion entsprach der Sendungsaufgabe, die sich die Sowjetunion als der erste Staat der Diktatur des Proletariats selbst zugelegt hatte. Die Arbeit der sowjetischen Diplomatie wurde aber durch dieses Verfahren sehr erschwert und immer wieder kompromittiert. Lange Zeit haben die Männer im Kreml befürchtet, in der nichtkommunistischen Welt werde eine gemeinsame militärische Aktion gegen die Sowjetunion vorbereitet. Man wird es infolgedessen als eine beachtliche Leistung der Außenpolitik des Sowjetstaates unter Tschitscherin ansehen müssen, daß es gelang, trotz der offensichtlichen Zweigleisigkeit von amtlicher, in traditionellen Bahnen sich abspielender, und der nebenhergehenden Komintern-Politik, das Zustandekommen einer Einheitsfront der nichtkommunistischen Staaten zu verhindern.

Deutschland, das vorerst zum Völkerbund nicht zugelassen war, spielte in den außenpolitischen Erwägungen Moskaus eine besondere Rolle. Dem Vertrag von Rapallo kam auch eine über den im Grunde mageren Vertragsinhalt hinaus kapitale politische Bedeutung zu. Sie erschöpfte sich nicht in der streng geheimegehaltenen militär-technischen Zusammenarbeit und in dem sich bald erweiternden Wirtschaftsverkehr. Wichtiger war auch für den Sowjetstaat, daß man sich in Deutschland in dem Glauben wiegte, durch Rapallo eine Waffe in die Hand bekommen zu haben, mit der früher oder später die Revision des Versailler Vertrages durchgesetzt werden sollte. Rapallo bedeutete eine klare Absage an jede einseitige Westorientierung Deutschlands zu Lasten der Sowjetunion. Der Gedanke, eine Optionsfreiheit erlangt zu haben, wirkte in Deutschland so attraktiv, daß an dieser Linie festgehalten wurde, auch nachdem der Kreml im Herbst 1923 den deutschen Kommunisten die Weisung erteilte, in Ausnutzung der revolutionären Situation in Deutschland gewaltsam die Macht an sich zu reißen.

Auch als das Deutsche Reich mit seinen westlichen Nachbarn unter der Garantie Großbritanniens und Italiens den Locarno-Vertrag abschloß und in den Völkerbund eintrat, nahm die deutsche Regierung peinlich Rücksicht auf ihr Verhältnis zur Sowjetunion. In einem Sonderprotokoll zum Locarno-Vertrag wurde der besonderen politischen und geographischen Lage Rechnung getragen. Deutschland sollte danach nicht gezwungen werden können, an etwaigen Sanktionen gegen die Sowjetunion teilzunehmen. Dies gab Deutschland die Handhabe, um im Berliner Vertrag vom

24. April 1926 dem Kreml im Falle eines nicht provozierten Angriffs auf die Sowjetunion Neutralität zuzusichern. Durch das besondere außenpolitische Verhältnis zu Deutschland war die Sowjetunion auch in der Zeit der inneren Machtkämpfe, die zur Alleinherrschaft Stalins führten, gegen äußere Gefahren in Europa einigermaßen geschützt.

Um sich ungestört einer energischen Industrialisierung zuwenden zu können, war die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre bestrebt, das Verhältnis zu seinen Nachbarn und darüber hinaus zu anderen Staaten zu normalisieren. Die innere Lage der europäischen Staaten bot ohnehin wenig Aussicht auf baldigen revolutionären Umsturz. Die Sowjetunion hatte sich bei Kriegsende geweigert, mit den Nachbarstaaten, die früher zum russischen Reich gehörten, Nichtangriffsverträge abzuschließen, und inzwischen war Frankreich eifrig bemüht gewesen, sie kollektiv zu einer Art Cordon sanitaire gegen die Sowjetunion zusammenzuführen. Es war Litwinow, damals noch Stellvertreter und bald Nachfolger Tschitscherins, der gegen Ende der zwanziger Jahre eine Schwenkung der Außenpolitik durchführte. Ihr Ziel bestand darin, den Nachbarstaaten, aber auch anderen nichtkommunistischen europäischen Staaten eine Entspannungspolitik schmackhaft zu machen. Ansatzpunkt bot der Kriegsächtungspakt, auch Kellogg-Pakt genannt, zu dem die Sowjetunion auf Fürsprache Deutschlands gegen den Widerstand Frankreichs und Großbritanniens nachträglich am 6. September 1928 zugelassen wurde. Am 9. Februar 1929 wurde in Moskau das sog. Litwinow-Protokoll von der Sowjetunion, Polen, Rumänien, Estland und Lettland unterzeichnet, dem schließlich auch Litauen, die Türkei und Persien beitraten. Damit war ein vielversprechender Anfang gemacht. Während der Londoner Weltwirtschaftskonferenz Sommer 1933 gelang es Litwinow, alle europäischen, sowie nah- und mittelöstlichen Nachbarstaaten, die Tschechoslowakei und Jugoslawien zum Abschluß eines Kollektivabkommens zu bewegen, in dem eine genaue Definition des Angreifers festgelegt war. Das Kollektivabkommen war als Ergänzung zweiseitiger Nichtangriffspakte gedacht, die zu Beginn der dreißiger Jahre oder schon vorher vereinbart worden waren. Es sollte hierdurch der Beweis erbracht werden, daß die Sowjetunion nicht nur keinerlei aggressive Absichten gegenüber ihren nichtkommunistischen Nachbarn hege, sondern daß sie auch bereit sei, auf gewisse in der Definition des Angriffs ausdrücklich aufgeführte Aktionen der Subversion zu verzichten. Das Ziel der sowjetischen Politik, den Cordon sanitaire, der mit Hilfe der Westmächte als Bollwerk gegen die Sowjetunion geschaffen war, durch systematische Entspannungspolitik seines bisherigen Charakters zu entkleiden, schien weitgehend erreicht zu sein. Schließlich konnte auch Frankreich, ohne dessen Plazet das System der Nichtangriffspakte vor allem mit Polen und den Staaten der kleinen Entente kaum hätte zustande kommen können, für den Abschluß eines Nichtangriffsabkommens am 29. November 1932 gewonnen werden. Im Spätsommer und Herbst 1933 folgte ein gleiches Abkommen mit dem faschistischen Italien, sowie Vereinbarungen mit den hochkapitalistischen Vereinigten Staaten über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Durch den Vertragsabschluß mit Italien sollte die ideologische Vorurteilslosigkeit der sowjeti-

schen Außenpolitik unterstrichen werden. Bei der Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die es bisher abgelehnt hatten, die das traditionelle Völkerrecht negierende Sowjetregierung anzuerkennen, fand sich der Kreml bereit, juristisch recht präzise erscheinende Zusagen zu machen, jede kommunistische Propaganda zu unterlassen. In bezug auf die praktische Wirksamkeit derartiger Versprechungen haben die Vereinigten Staaten allerdings keine günstigeren Erfahrungen machen können als andere Staaten, denen gegenüber vorher ähnliche Zusagen gegeben worden waren.

Zweifellos hatte aber die Sowjetunion eine gewisse Normalisierung der Beziehungen zur nichtkommunistischen Welt erreicht. Gefördert wurde dieser Vorgang ohne Zweifel durch die militärischen Interventionen Japans in der Mandschurei und im übrigen China. Auch die innerpolitische Entwicklung in Deutschland hatte das sowjetische Bestreben nach Entspannung mit den europäischen Nachbarstaaten und den Westmächten beeinflusst. Die Sowjetunion war aber noch keineswegs gewillt, einseitig zu optieren und an die Seite der Siegermächte des Ersten Weltkrieges zu treten, denen die Erhaltung der bisherigen Ordnung und des territorialen Status quo am Herzen lag. Trotz aller Beteuerungen, daß sich die Sowjetunion jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten enthalten werde, wurde in Deutschland gerade um die Wende des Jahres 1932/33 ein innerpolitisches Spiel mit höchstem Einsatz gewagt. Angebote der deutschen Sozialdemokraten, nach Moskauer Diktion der „Sozialfaschisten“, zur Zusammenarbeit, wurden auf Geheiß des Kremls von den deutschen Kommunisten rundweg abgelehnt.

Da sich Hitler als Reichskanzler zunächst weniger antisowjetisch als angenommen gebärdete und Anfang 1933 sogar den Berliner Neutralitätsvertrag um 10 Jahre verlängern ließ, kam es bis Ende 1933 zu keiner Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik. Diese wird wohl erst vom Zustandekommen der deutsch-polnischen Nichtangriffsabrede vom 26. Januar 1934 datiert werden können. Stalin glaubte nunmehr zu erkennen, daß für eine Fortsetzung der Rapallo-Politik mit Deutschland keine Basis mehr vorhanden war. Zugleich aber mußte der Kreml am Beispiel Polens feststellen, daß seine Entspannungspolitik gegenüber den Staaten des Cordon sanitaire doch nur beschränkte Auswirkung gezeitigt hatte und daß das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion bei diesen Staaten noch keineswegs gewichen war.

Man wird in der nunmehr eingeleiteten Politik des Kremls, die im Juni 1934 zum Vorschlag eines Ostpaktes, der Deutschland jede Bewegungsfreiheit nehmen sollte, sodann zum Beitritt in den Völkerbund am 18. September 1934 und schließlich zum Abschluß von Bündnissen mit Frankreich und der Tschechoslowakei am 2. und 16. Mai 1935 führte, eine Abwendung von der bisherigen sowjetischen Außenpolitik erblicken müssen. Auch die Komintern rückte mit der Ausgabe der Volksfrontparole auf ihrem VII. Weltkongreß Sommer 1935 von den bisherigen Direktiven zur Führung des innerpolitischen Kampfes um die Macht vollständig ab. Es war gewiß ein ungewohntes Bild, kommunistische Parteien in demokratischen Parlamenten als Stütze nichtkommunistischer Regierungen auftreten und deren Verteidigungshaushalte billigen zu sehen. Das Bild einträglicher Zusammenarbeit

wurde aber schon im Laufe des nächsten Jahres nach Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges getrübt, als die von Moskau unterstützten Kommunisten schließlich als allein ausschlaggebend ihre nichtkommunistischen Alliierten ganz in den Schatten drängten. Nicht weniger mögen die innerpolitischen Vorgänge in der Sowjetunion, die die Liquidierung auch von 10 000 und mehr Offizieren der Roten Armee brachten, dazu beigetragen haben, daß die außenpolitische Zusammenarbeit der Sowjetunion und ihre Bündnisse mit dem Westen keine tieferen Wurzeln schlagen konnten.

War die Sowjetunion unter Stalin überhaupt ein möglicher Partner für die demokratische Welt? Ein Mann wie der Amerikaner Kennan, der zu Stalins Zeiten in Moskau auf Posten war, verneinte die Frage. Auch in den Jahren von 1934 bis 1937 sei Stalin nach seiner Ansicht nicht für eine ehrliche antifaschistische Koalition gegen Hitler zu gewinnen gewesen. Stalin habe einen Sieg der freiheitlichen republikanischen Partei in Spanien über Franco als eine größere Gefahr für seine eigene Stellung in der Sowjetunion angesehen als selbst einen Sieg des spanischen Militärs.

München, das ganz ohne Zuziehung der Sowjetunion im September 1938 zustande kam, brachte dem Kreml jedenfalls zum Bewußtsein, daß die Politik der Zusammenarbeit mit dem Westen im Völkerbund und seine Allianzen außenpolitisch nur begrenzte Auswirkungen zeitigen würden. Auch das Experiment der innerpolitischen Volksfrontpolitik der kommunistischen Parteien hat sich im Ergebnis eher schädlich als nützlich für die Sowjetunion erwiesen.

Moskau hätte wohl auf lange Zeit wenig Chancen gehabt, die europäische Politik außen- und innerpolitisch zu beeinflussen, wäre es nunmehr zu der Zusammenarbeit der Vertragspartner von München gekommen, zu der die Westmächte bereit zu sein schienen. Das Bild änderte sich jedoch vollständig, als Hitler die Zeit für gekommen sah, angesichts der von ihm in München konstatierten Schwäche der Westmächte im Blitztempo eine deutsche Vorherrschaft über Europa aufzurichten.

Die Sowjetunion sah sich nach der Besetzung der Resttschechoslowakei, die zunächst, wie Hitler richtig angenommen hatte, nicht mehr als papierne Protestaktionen der Westmächte nach sich zog, plötzlich wieder von den Westmächten umworben. Es war zweifellos ein schwerer diplomatischer Fehler, daß Großbritannien den verspäteten Aufbau eines umfassenden Sicherheitssystems, das Hitler Einhalt gebieten sollte, mit dem Austausch von Garantieerklärungen zwischen London und Warschau einleitete. Es tat diesen Schritt, ohne sich vorher des sowjetischen Einverständnisses versichert zu haben. Stalin hatte schon vor diesen Ereignissen auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU am 10. März 1939 deutlich gemacht, die Sowjetunion sei nicht bereit, für die Westmächte die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

In der Krise des Sommers 1939 war die Sowjetunion in der Lage, eine Außenpolitik zu betreiben, die nicht, wie sonst oft, auf gleichzeitig bestehende weltrevolutionäre Erwartungen und Chancen Rücksicht zu nehmen hatte. Der Apparat der Komintern war inzwischen zum reinen Werkzeug einer sowjetischen Machtpolitik degradiert worden.

Wieder wurde der Wechsel durch eine Neubesetzung des Außenkommissars eingeleitet. Litwinow wurde durch Stalins ersten Gehilfen Molotow ersetzt. In den entscheidenden Monaten des Sommers 1939 hat sich die sowjetische Führung als Meister des Taktierens bewährt. Die Rechnung, daß sie bald auch von Hitler umworben sein werde und daß es sodann an ihr lag, den richtigen Augenblick für eine Wahl zu treffen, mußte aufgehen. Der Wunsch, die Sowjetunion aus den kommenden Auseinandersetzungen herauszuhalten, wird gewiß eines der Motive gewesen sein, die bewirkten, daß sich Stalin dafür entschied, Hitler den Weg freizugeben. Er entschloß sich, kein Verteidigungsbündnis mit den Westmächten, sondern am 23. August 1939 den Stalin-Hitler-Pakt einzugehen.

Nicht zweifelhaft sein kann, daß daneben auch die Hoffnung eine Rolle spielte, die Sowjetunion werde zusehen können, wie sich die unzuverlässigen Demokraten und die Vorkämpfer des Antikommunismus in einem langen zermürbenden Kampfe bis zur Erschöpfung schwächten. Schon Lenin hatte beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Aufgabe seiner Parteigänger darin gesehen, den imperialistischen Krieg zwischen Entente und Mittelmächten in einen Weltbürgerkrieg der Klassen zu verwandeln, der mit dem Sieg der Revolution in allen Ländern enden müsse. Der 1939 ausgebrochene Krieg schien noch mehr geeignet, zu einem solchen Resultat zu führen, da nunmehr die Sowjetunion bereit stand, mit ihrer Macht die kommunistische Revolution in der geschwächten nichtkommunistischen Welt zum Siege zu führen.

An die Stelle der prekären Zusammenarbeit mit den Westmächten schien nunmehr so etwas wie eine bolschewistisch-nationalsozialistische Allianz zu treten. Molotow und Ribbentrop erklärten bei einem erneuten Zusammentreffen September 1939 in Moskau in einer gemeinsamen Veröffentlichung in drohender Sprache, daß sie die Westmächte für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich machen müßten. Nur die Kenntnis der eigenen Schwäche mag damals die Westmächte daran gehindert haben, ihren Gefühlen der Empörung nachzugeben und während des sowjetisch-finnischen Winterkrieges einen Konflikt mit der Sowjetunion herbeizuführen. Dies hätte wohl Hitler die einzige Chance geboten, den Krieg auf unbegrenzte Zeit zu verlängern, vielleicht sogar zu gewinnen. Wahrscheinlich war es der Tatsache zu verdanken, daß Hitler den Wettlauf um die Besetzung Norwegens gewann, daß die Alliierten einen solchen kapitalen Fehler nicht begingen. Hitler hat den erfolgreichen Feldzug gegen Norwegen als die genialste militärische Tat seiner ganzen Laufbahn angesehen.

Auf die Dauer allerdings konnte nicht damit gerechnet werden, daß sich die Bundesgenossenschaft Hitlers mit Stalin bewährte. Es waren die überraschenden militärischen Erfolge Hitlers in Nord- und Westeuropa, die die latenten Spannungen zwischen den unnatürlichen Verbündeten früher offen hervortreten ließen als dies im Interesse des Kremls gelegen sein konnte. So richtig Stalin im Sommer 1939 taktiert hatte, um Nutznießer des Konflikts zwischen Hitler und den Westmächten zu werden, im Spätsommer und Herbst 1940 zeichnete sich Stalins Politik nicht durch eine gleiche Feinfühligkeit in der Beurteilung der politischen Situation aus.

Durch die überstürzte Art, mit der er nunmehr den vollen Anteil an der Konkursmasse des zertrümmerten Cordon sanitaire in die Scheuern holte und die darüber hinausgehenden Forderungen, die ihm den Weg ins Mittelmeer offenlegen sollten, bewirkte Stalin, was er vermeiden wollte, nämlich die Sowjetunion gegen ihren Willen in einen großen Krieg zu verwickeln, bevor eine Chance bestand, ihn in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Es ist die Frage gestellt worden, ob die Weltgeschichte vielleicht anders verlaufen wäre, wenn nicht Molotow, der erhaltene Weisungen minutiös auszuführen gewohnt war, sondern Stalin selbst die entscheidenden Gespräche mit Hitler November 1940 geführt hätte. Hier zeigte sich die Schwäche totalitärer Diktaturen, wie später noch einmal im Korea-Konflikt, daß ihnen nämlich zur Ausführung der Außenpolitik nur Befehlsempfänger und keine selbständigen, staatsmännisch denkenden Unterhändler zur Verfügung stehen. Es nützte dem Kremel nichts mehr, daß er sich verspätet im April und Mai 1941 bemühte, das Geschehene bei Hitler vergessen zu machen. Stalin verfügte die Ausweisung der Diplomaten der von Hitler unterworfenen Länder. Er schien sie somit nicht mehr als Staaten anzuerkennen, wodurch den Eroberungen gewissermaßen der Stempel des Definitiven aufgedrückt wurde. Hitler ließ sich hierdurch nicht von seinen neuen Angriffsplänen abbringen.

Der Überfall Hitlers auf die Sowjetunion ließ diese zwangsläufig wieder zum Alliierten der Westmächte werden. Churchill hat am Abend des 22. Juni 1941 die passende Formel geprägt: „Falls ich von einer Invasion Hitlers in der Hölle höre, werde ich am nächsten Tage im Unterhaus eine lobende Anspielung auf den Teufel machen.“

Erwartungen, daß die kriegsbedingte Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Westmächten auch später Bestand haben werde, haben sich jedoch bald verflüchtigt. Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, die Roosevelt und Churchill in Casablanca am 24. Januar 1943 aufstellten, entthob den Kremel der Notwendigkeit, mit seinen Kriegsbündnispartnern verbindliche Vereinbarungen über Kriegsziele einzugehen. Auf den Konferenzen von Teheran und Jalta konnten die westlichen Staatsmänner nachträglich nur indossieren, was bereits vorher auf den Schlachtfeldern Ost- und Südeuropas praktisch vorentschieden worden war. So konnte es der Sowjetunion gelingen, nicht nur alle Staaten des Cordon sanitaire ihrem Herrschaftsbereich einzuverleiben, sondern darüber hinaus auch über die magyarisch-rumänische Volkstumsbarriere hinweg ihren direkten Einfluß auf die südlichen Slawen zu erstrecken.

Die militärischen Erfolge der Sowjetunion im Zweiten Weltkriege haben ihr Ansehen, das durch die opportunistisch erscheinende Außenpolitik des Kremls, insbesondere durch den Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes arg gelitten hatte, im Kreise der ausländischen kommunistischen Parteien einigermaßen wiederhergestellt. Allerdings hatte die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihre Stellung als allein anerkannter Führer der Weltbewegung, dem alle Parteien auch in partibus infidelium sich willig unterordneten, zu stark mißbraucht, um wieder als unbestrittener Führer gelten zu können. Hegemonie empfängt ihre Rechtfertigung aus der größte-

ren Hingabe des zur Führung Berufenen an die gemeinsame Sache. Sie verliert ihre Berechtigung und wird zur bloßen Herrschaft, wenn der Führende seine Sonderinteressen mit der Sache gleichsetzt. In der Tat war in der kommunistischen Weltbewegung an die Stelle der Beziehungen eines Hegemons zu einer willigen Gefolgschaft eine absolute Hörigkeit von Dienenden zur herrschenden Partei getreten. Ein solches Verhältnis war nur durch rücksichtslosen Terror innerhalb der eigenen wie über die anderen Parteien aufrechtzuerhalten.

Stalin schien, wie aus dem Briefwechsel hervorgeht, der zum Bruch zwischen dem Kreml und Belgrad führte, eine Expansion des Kommunismus wie in den Satellitenraum nur noch von der Roten Armee zu erwarten. Das als Ersatz für die 1944 aufgelöste Dritte Internationale 1947 geschaffene Kominformbüro vermochte der Bewegung keine neuen dynamischen Impulse zu geben.

Solange die USA das Monopol über nukleare Vernichtungswaffen besaßen, wäre ein Einsatz der Roten Armee jenseits der Demarkationslinien des Zweiten Weltkrieges trotz der unbestrittenen konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion ein unübersehbares Risiko gewesen. Oft hat zwar die Führung im Kreml in diesen Jahren versichert, daß der Sowjetstaat, wenn angegriffen, auch aus einem Atomkrieg schließlich siegreich hervorgehen werde, ihn also weniger als seine Gegner zu fürchten habe. Wenn der Kreml mit einer solchen Sprachführung die eigene Öffentlichkeit beruhigen und die Vereinigten Staaten, die sich 1947 zu einer Politik der Eindämmung entschlossen, in Respekt halten wollte, so hat er damit Erfolg gehabt. Hätte der Kreml nicht größeren Gewinn für die Sache des Weltkommunismus verbuchen können, wenn er nach Ende des Zweiten Weltkrieges an Stelle der Politik des Njet mehr Bereitschaft zu einem gewissen Maß von Zusammenarbeit mit den hierfür nur allzu empfänglichen Vereinigten Staaten gezeigt und sich gemeinsam mit ihnen zum Vorkämpfer einer Auflösung der Kolonialreiche aufgeworfen hätte? Die ablehnende Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Marshall-Plan, die Blockade von Berlin, der Angriff durch Stellvertreter auf die Republik Korea, die antiwestlichen Parolen, unter denen die chinesischen Kommunisten, mit halbem Herzen vom Kreml unterstützt, das festländische China im Sommer 1949 eroberten, mögen ihre Gründe darin haben, daß eine weltmissionarische Macht nicht ohne Spannung bestehen zu können glaubt. Die Unternehmungen gegenüber der nicht-kommunistischen Welt erwiesen sich aber kaum als erfolgreich. Der Bruch mit Tito, ebenso wie der seit Ende der fünfziger Jahre sichtbar werdende Konflikt des Kremls mit Peking ließen offenbar werden, daß die sowjetische Führung der schwierigen Aufgabe, wirksamer Hegemon einer dynamischen Weltbewegung zu bleiben, nicht gewachsen war.

Für eine Politik im zwischenstaatlichen Sinne blieb in der Zeit des Kalten Krieges nicht mehr so viel Raum, daß dies den Einsatz eines Mitglieds des Politbüros im Außenministerium lohnte. Molotow wurde im März 1949 durch Wyschinski ersetzt, um in der Krise nach Stalins Tod nochmals für drei Jahre bis Juni 1956 in das Amt zurückzukehren.

Erst in der Ära Chruschtschow hat sich die Sowjetführung in das zwischenstaat-

liche Spiel wieder stärker eingeschaltet. Es ist erstaunlich, daß eigentlich erst in dieser Zeit im Kreml die Chance erkannt wurde, die sich für eine geschickte Außenpolitik aus der rasanten Auflösung der Kolonialreiche ergab. Aus den bisherigen Resultaten zu schließen, scheint die Vorbereitung für eine erfolgreiche Politik in den sog. bündnislosen Staaten zu kurz gewesen zu sein, um die Ergebnisse zu erzielen, die man erhofft haben mag. Es ist nicht zu verkennen, daß der Kreml große Investitionen in den Ländern wie Ghana, Indonesien und an anderen Orten gemacht hat, die sich als politisch ineffektiv erwiesen. Man kann auch die Frage stellen, ob sich die Aufwendungen im Nahen Osten wie im Falle Kuba tatsächlich lohnten. Vielleicht sind durch untaugliche weltrevolutionäre Versuche an wenig geeigneten Objekten für eine erfolgreiche zwischenstaatliche Außenpolitik Hemmungen entstanden, mitverursacht durch die Besorgnis, bei wirklichen oder potentiellen Parteigängern vom ideologischen Rivalen Peking überflügelt zu werden.

Es mag als Paradoxon erscheinen, daß der augenfällige Vorsprung, den die Sowjetunion zwischen 1957 und 1961 gegenüber den USA auf dem Gebiete der Fernraketen und Erdsatelliten gewann, den Konflikt mit Peking außerordentlich verschärft hat. Man wird Peking vermutlich unrecht tun, wenn man unterstellt, es habe in dieser Periode den Kreml zur Entfaltung eines Atomkrieges gegen die USA auffordern wollen. Auch Peking wird einen Atomkrieg weder früher gewollt haben noch heute wollen. Strittig dagegen war und ist wohl die Grenze einer Provokationstoleranz, bis zu der Washington einer Konfrontation mit allen Folgen ein Nachgeben vorziehen werde.

Zweimal in den letzten vier Jahren, beim Kuba-Abenteuer und während der Nahostkrise, sind Fehlkalkulationen im Kreml, der sonst durchweg recht vorsichtig operierte, unterlaufen. Während Chruschtschow gehen mußte, konnte der für die zwischenstaatliche Außenpolitik zuständige Fachminister Gromyko bleiben. Es mag noch einige Zeit vergehen, bis sich herausstellt, wer der Schuldige für die letzte Fehlberechnung war, oder wer als Sündenbock dafür in die Wüste geschickt werden wird.

Wenn nicht alles täuscht, so ist heute ein wichtiges Ziel der sowjetischen Außenpolitik, ähnlich wie in der Ära Litwinow, den durch die sowjetische Politik des Kalten Krieges entstandenen neuen Cordon sanitaire der Verteidigungsbündnisse durch eine Politik zwischenstaatlicher Entspannung aufzulösen. Wie damals soll dies, wenn möglich, mit Duldung des Paten, seinerzeit Frankreichs heute der Vereinigten Staaten, unter Umständen aber auch ohne dessen Zustimmung bewirkt werden. Wie damals soll diese Operation auch heute, wie die Konferenz in Karlsbad zeigt, innerpolitisch durch eine Art Volksfrontpolitik der kommunistischen Parteien gefördert werden. Wie damals bleiben bei den Staaten, die gewonnen werden sollen, ernste Zweifel lebendig, ob eine Politik der Entspannung Bestand haben und nicht sehr plötzlich durch das Hervorrufen neuer inner- und außenpolitischen Spannungen ihr Ende finden wird. Hinzu kommt, daß die ideologische Rivalität mit Peking vielleicht auch ein irrationales, emotionales Moment in die Politik des Kremls hineingebracht hat, das ihr sonst fremd war. Hierdurch mag es beispielsweise für die

Sowjetunion schwierig sein, für eine Beendigung des Vietnam-Krieges durch ein *parti remis* sich energisch einzusetzen.

Man wird der Sowjetunion nicht vorwerfen können, daß sie je leichtfertig größere Konflikte provozierte. Sie hat im Gegenteil unter Inkaufnahme von Prestigeverlusten sich zu Rückzugsaktionen bereitgefunden, die für Großmächte des vergangenen und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts kaum vorstellbar waren. Man sollte zur Erklärung nicht nur an das atomare Patt der sog. Supermächte und an die inzwischen im zwischenstaatlichen Außenamt des Kremls gesammelten politischen Erfahrungen denken. Schließlich hat die Sowjetunion nur vier Kriege im technischen Sinne geführt. Von diesen waren zwei, der polnisch-sowjetische Krieg 1920 und der Krieg mit Hitler klarerweise Verteidigungskriege. In den beiden anderen Kriegen im technischen Sinne, in denen die Sowjetunion nicht der Angegriffene war, dem finnischen Winterkrieg 1939/40 und dem Angriff durch Stellvertreter auf die Republik Korea, hatte die Sowjetunion nur mit kleinen und kurzfristigen Auseinandersetzungen gerechnet. Sie hat es vorgezogen, konventionellen Frieden bzw. Waffenstillstand zu schließen oder schließen zu lassen, als die Gefahr einer Ausweitung der Unternehmen zu größeren Konflikten drohte.

Für die freiheitliche Welt, der die Erhaltung des Friedens am Herzen liegt, mag in der Tatsache, daß die Führer im Kreml nach wie vor überzeugte Kommunisten sind, auch eine gewisse Chance dafür gesehen werden, daß gerade größere Konflikte auch in Zukunft vermieden werden können. Solange die leitenden Männer im Kreml an das Bestehen eines Geschichtsgesetzes glauben, dem zufolge ihrer Sache der Enderfolg notwendigerweise zufallen muß, werden sie nicht bereit sein, eine Abenteuerpolitik, die ein Risiko für die eigene Existenz in sich schließt, zu betreiben, zumal ihnen andere Mittel zur Förderung ihrer Ziele zur Verfügung stehen. Verfolgten sie eine aventuristische Politik, so müßten sie sich selbst anklagen, Häretiker zu sein. Für die freiheitliche Welt aber bleibt in jedem Falle die schwierige Aufgabe, Fehlkalkulationen im Kreml möglichst auszuschalten. Vielleicht hat sich in dieser Hinsicht schon einige Male der heiße Draht zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml bewährt.